

// LANDESVORSITZENDE //

GEW M-V - Lübecker Straße 265a - 19059 Schwerin

Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
Werderstraße 124
19053 Schwerin

Schwerin, 13.06.2024

Stellungnahme der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zum Entwurf des Konzeptes „Alle werden gebraucht! - Schulische Berufliche Orientierung für einen guten Übergang in Ausbildung und Beruf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zum Entwurf des Konzeptes der Beruflichen Orientierung Stellung nehmen zu können. Im Folgenden führen wir unsere Anmerkungen dazu aus.

Vorbemerkung:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern begrüßt grundsätzlich die Weiterentwicklung der Beruflichen Orientierung an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land. Erneut geben wir zu bedenken, dass der größte Teil der Lehrkräfte über keinerlei eigene berufspraktische Erfahrungen auf dem freien Arbeitsmarkt verfügt. Es ist wichtig, dass die Weiterentwicklung der beruflichen Orientierung dies berücksichtigt und umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte vor der Einführung neuer Konzepte vornimmt. Festzustellen ist, dass das vorliegende Konzept seinen Fokus auf die Erfordernisse des aktuellen Fachkräftebedarfes unseres Bundeslandes ausrichtet. Dazu sollen sowohl die theoretischen als auch die berufspraktischen Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen gestärkt werden. Die Deutungshoheit über die dafür vermeintlich notwendigen Erfordernisse haben hierbei nicht Bildungs- und Erziehungsforschende, sondern überwiegend Interessengruppen der Wirtschaft. Die Maßnahmen, die die Berufswahlkompetenz des Einzelnen entwickeln sollen, werden durch außergeleitete Interessendurchsetzung (Bekämpfung Fachkräftemangel/Fachkräftemangel in spezifischen Bereichen) beeinflusst. Eine freie, den Werten einer humanistischen Bildung verpflichtete Bildung zur beruflichen Orientierung kann auf diese Weise nicht stattfinden. Neu ist die Erweiterung der Beruflichen Orientierung hinein in den frühkindlichen Bereich, die ohne weitere Differenzierung gemeinsam mit dem Primarbereich genannt und entwickelt werden soll. Auch hier fehlt die am Entwicklungsgeschehen der Kinder orientierte Perspektive. Die GEW MV lehnt die Ausdehnung der Beruflichen Orientierung in der vorliegenden Form ohne wissenschaftliche Evidenz auf den Bereich der Altersgruppe 0 bis 10 ab.

Zu den Maßnahmen:

Einleitung:

Zu Recht wird der gelingende Übergang von der Schule in den Beruf in den Mittelpunkt gestellt. Obwohl dieses Konzept mehrfach hervorhebt, dass es auch eine Studienorientierung beinhaltet, finden Maßnahmen für den gelingenden Übergang in ein Studium nur sporadisch Erwähnung. Die Behauptung, dass es wichtig sei, berufliche Orientierung schon in der Kindertagesförderung und im Primarbereich zu etablieren sowie hier die ökonomische Bildung in den Fokus zu rücken, bleibt für den Erfolg der Beruflichen Orientierung ohne Beleg.

Im Bereich der Grundschule wäre eine Konkretisierung für die Einbindung in den Sachunterricht wünschenswert, anstatt diese Planung allein den Lehrkräften zu überantworten. Wir machen darauf aufmerksam, dass für die Implementierung der beruflichen Orientierung im Primarbereich und der Kindertagesförderung entsprechende Anpassungen der jeweiligen gesetzlichen Vorschriften bzw. der Bildungskonzeption 0 – 10 notwendig wären.

Weiterhin wird ausgeführt, dass es wichtig sei, „dass berufliche Orientierungsmaßnahmen an Schulen so ausgebaut werden, dass Jugendliche letztendlich ihren Platz am Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern finden.“ Wir schlagen vor, diesen Satz um ein „können“ am Ende zu ergänzen. Zwar ist das Interesse eines Bundeslandes, die eigene Jugend im Land zu halten, nachvollziehbar, dennoch sollte der eigentliche Fokus der schulischen Bildung darin liegen, die Jugendlichen zu kritischem Denken und demokratischem Handeln zu befähigen und ihnen individuell passende Entscheidungen zu ermöglichen (vgl. SchulG §2 und 3) auch wenn diese außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern liegen. Mehrfach wird auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung für den späteren Erfolg der beruflichen Orientierung hingewiesen, im Verlauf wird die Umsetzung „ausgewählter Maßnahmen der ökonomischen Bildung“ gefordert und hierzu auf eine Handreichung verwiesen, die zum Zeitpunkt der Stellungnahme den Stellungnehmenden nicht vorliegt. Dies kritisieren wir. Wir fordern außerdem die Einbeziehung der für die frühkindliche Bildung zuständigen Fachbereiche und eine wissenschaftliche Evidenz. Auch die benannten Unterlagen für den schulischen Bereich liegen zum Zeitpunkt der Stellungnahme nicht vor. Der Verweis auf die Website www.boje-mv.de lässt bis zur Abgabe der Stellungnahme keinen Schluss über die Art der Unterstützung durch dieses Angebot über eine Vernetzung mit möglichen Partner:innen der Region hinaus zu.

Die verpflichtende Ausweitung der „Mission ICH“ auch auf den Gymnasialbereich begrüßen wir ausdrücklich, da es sich bei diesem Potenzialanalyseverfahren um ein wissenschaftlich evaluiertes Konzept handelt, das prozessbegleitend wirkt. Wir geben jedoch zu bedenken, dass die Umsetzung Zeit und Ressourcen bindet, die den Schulen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden müssen. Gleiches gilt für die Berufswegekompetenzen und die Zusammenarbeit in BO-Teams. Hier müssen ausreichende Ressourcen, auch solche für die abschließliche Teamentwicklung sowie Fort- und Weiterbildung vorgehalten werden. Ebenso bedarf es einer dringenden Verstärkung und eines Ausbaus der Schulsozialarbeit (Noch immer haben nicht alle Schulen eine:r Schulsozialarbeiter:in!), vor allem wenn der Wirkungskreis auf weitere Themenfelder ausgedehnt werden soll. Temporäre Konzepte, wie das Startchancenprogramm sollten als Zusatz und nicht als Finanzierungsansatz für ohnehin zu unterlegende Aufgaben verstanden werden.

Für die Schulart Gymnasium wird ebenfalls ein Ausbau der beruflichen Orientierung vorgesehen. Berufliche und akademische Ausbildung sollen „gleichbehandelt werden“. Es ist außerdem die Rede davon, dass die Studienorientierung „passfähiger“ gestaltet werden soll. Über diese beiden Formulierungen hinaus bleibt dieses Konzept Maßnahmen zur Orientierung in der akademischen Ausbildung schuldig. Wir schlagen vor, für den Bereich der Gymnasien grundsätzlich vom Fach „Berufliche Orientierung/Studienorientierung“ zu sprechen. Für den Bereich der Orientierung in der akademischen Bildung ist ebenso ein Maßnahmenkatalog zu entwickeln und vorzulegen. Gemäß der Zahlen des Statistischen Landesamtes liegt MV, trotz eines Aufholens in den vergangenen Jahren, im Bereich der tertiären Abschlüsse noch immer hinter dem Bundesschnitt zurück. Ein Abitur soll sowohl die Studierfähigkeit herstellen, als auch die freie Berufswahl entsprechend der individuellen Fähigkeiten und Neigungen ermöglichen. Dieses Ziel sollte nicht einer möglicherweise kurzfristigeren Verfügbarkeit auf dem lokalen Arbeitsmarkt zum Opfer fallen. zu 2) Gelingensfaktoren für eine gute Berufliche Orientierung

Die Implementierung der beruflichen Orientierung im Primarbereich bedarf einer Änderung im Schulgesetz (§ 7). Für die Kindertagesförderung ist eine Einbindung in die nach KiföG verpflichtend umzusetzende Bildungskonzeption 0 – 10 unvermeidbar. Es sind Zeit und Ressourcen für beide Bereiche in ausreichender Weise zur Verfügung zu stellen. Die Fort- und Weiterbildung vor Einführung des Konzepts ist sicherzustellen. Dies sind die wesentlichen jedoch nicht benannten Gelingensfaktoren für eine erfolgreiche Umsetzung der beruflichen Orientierung.

zu 3) Das System des Übergangs von der Schule in den Beruf

Die GEW MV lehnt die Anwendung eines Konzepts zur beruflichen Orientierung in der frühkindlichen Bildung ohne vorherige fundierte wissenschaftliche Einschätzung ab. Die Einbringung der beruflichen Orientierung in den Sachunterricht des Primarbereichs erscheint durchaus sinnvoll, wenn bestimmte (hier schon genannte Voraussetzungen) erfüllt sind. Weitere Voraussetzungen wären eine strukturierte Vorlage durch den jeweiligen Rahmenlehrplan. Da im Primarbereich eine Zusammenführung der Fächer Deutsch und Sachunterricht geplant ist, müsste die Einbringung von BO mindestens als Querschnittsthema erfasst und benannt werden. Die GEW MV empfiehlt für den Übergang vom Primar- in den Sekundarbereich auch eine Erfahrung zu einem möglichen Studium zu etablieren, um vor allem Kindern aus nicht-akademischen Haushalten diese Perspektive zu eröffnen und besonders für diese Gruppe bestehende Nachteile zu egalisieren. Die Initiative „Arbeiterkind“ mit ihren bundesweit 6.000 Ehrenamtlichen könnte hierzu eine gute Ansprechpartnerin sein.

zu 4.) Das Phasenmodell der Ökonomischen Bildung und Beruflichen Orientierung

Phase ökonomische Frühorientierung Kita –Diese lehnen wir unter der Prämisse „ökonomische Bildung und Berufliche Orientierung“ zunächst ab, da für uns nicht hinreichend deutlich wird, wie sich dies zum BNE verhält. Während BNE theoretisch und empirisch fundiert ist, finden wir hier lediglich sehr diffuse Auskünfte, was überhaupt darunter zu subsumieren ist. Konkretisiert wird lediglich eine geschlechterbewusste Pädagogik, was für uns selbstverständlich unstrittig ist. Die Bildungskonzeption umzusetzen ist angesichts der deutlich zu großen Gruppen schwer genug. Sofern das Konzept der zur ökonomischen und beruflichen Bildung eine weitere Belastung darstellt, was für uns mangels notwendiger Konkretheit nicht abzusehen ist, lehnt die GEW MV dies ab.

Das Phasenmodell ab Jahrgangsstufe 5 erscheint schlüssig und ist an vielen Punkten bereits heute gelebte Schulpraxis. Allerdings machen wir darauf aufmerksam, dass wir von unseren Kolleg:innen die Rückmeldung erhalten, dass der mit der Planung und Organisation einhergehende Aufwand nicht ausreichend mit Ressourcen unterlegt ist.

zu 5.) Berufswegekonferenzen

Berufswegekonferenzen können sinnvoll sein, müssen jedoch eingebunden werden in ein Gesamtkonzept und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Die Jahrgangsstufe 7 erscheint hierfür sehr früh.

zu 6.) Potenzialanalyse

Wie bereits dargestellt, befürworten wir die verbindliche Umsetzung in allen Schularten und Schulen. Dafür braucht es jedoch entsprechend aus- und weitergebildete Lehrkräfte sowie ausreichend Zeit.

Zu 7.) Schülerbetriebspraktikum

Die Leitfunktion des Faches Arbeit-Wirtschaft-Technik/Berufliche Orientierung (Studienorientierung) stellt die Lehrkräfte dieses Faches vor neue und zusätzliche Herausforderungen, für die (bislang) längst nicht alle ausgebildet sind. Auch Schulleitungen werden künftig stärker in die Pflicht genommen. Die Ausweitung des Schülerbetriebspraktikums um fünf Tage (!) führt vor dem Hintergrund anderer Aufgaben der Schule und dem Anliegen andererseits mit der Neufassung der Stundentafel die Kernfächer zu stärken, zu einem inneren Widerspruch. Es kann nicht Aufgabe von Schule sein, das zu tun, was Unternehmen auf einem Nachfrage-geleiteten Arbeitsmarkt über lange Zeit versäumt haben, nämlich sich attraktiv für den Berufsnachwuchs zu machen. Darüber machen wir deutlich, dass die Chancen für ein attraktives Schülerbetriebspraktikum im städtischen/stadtnahen Raum deutlich besser stehen, als im ländlichen Raum, wo dies durch die Auswahl der in der Nähe liegenden Unternehmen, der Möglichkeit, diese durch eigene Kraft zu erreichen und den finanziellen Gegebenheiten des Elternhauses abhängt. Der hier genannte (und zur Anhörung ebenfalls vorliegende Praxisleitfaden) kommt an keiner Stelle über bekannte Allgemeinplätze hinaus und stellt daher kaum eine Form der Unterstützung dar.

zu 8.) Berufliche Orientierung am Gymnasium

„Die Gleichbehandlung von akademischer und beruflicher Ausbildung“ wird einerseits betont, andererseits sollen die „gestiegenen Karrierechancen in der beruflichen Bildung bekannter gemacht werden“. Das Konzept spricht von einer „ausgewogenen“ Darstellung der Berufs- und Studienorientierung, nur um dann für den Bereich der Studienorientierung eine Leerstelle zu hinterlassen. Die Einführung der „Mission ICH“ betrachten wir als sinnvollen Beitrag zum Bildungsauftrag. Die Formulierung, dass Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte in Elternabenden und Fortbildungsveranstaltungen die beruflichen Ausbildungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten kennenlernen können, ist in dieser Kombination höchst unglücklich gewählt. Abgesehen davon, dass ein großer Teil der Eltern über deutlich mehr Erfahrung in der Wirtschaft als die Lehrkräfte verfügen dürfte, sollten Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte strukturiert aufgearbeitet und angeboten werden. Der Absatz zur Studienorientierung ist deutlich zu kurz. Die Gewichtung fällt gegenüber einer beruflichen Ausbildung deutlich negativ aus. Es entsteht der Eindruck, Schüler:innen sollen mit Nachdruck in die Berufliche Bildung geleitet werden. Für die Studienorientierung müssen ebenso strukturierte Maßnahmen

und ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft bspw. auch die finanziellen Mittel für Fahrten zu Hochschulinformationstagen, die zusätzlich zum Budget der Schule für Studien- und Wanderfahrten zur Verfügung gestellt werden sollten, da sie ansonsten mit anderen Zielen konkurrieren und einer möglichen Priorisierung zum Opfer fallen.

zu 9. Berufliche Orientierung an beruflichen Schulen

Das vorgelegte Konzept sieht vor, dass Fachgymnasien ihr künftiges Berufs- und Studienorientierungskonzept „noch stärker auf die Berufliche Bildung orientieren [sollen]“. Dies erscheint nicht schlüssig, da auch das Fachgymnasium zu einer allgemeinen Hochschulreife führen soll. Eine Ungleichbehandlung zum allgemeinbildenden Gymnasium ist nicht nachvollziehbar, zumal gerade am Fachgymnasium schon per Definition ein anderer ökonomischer Unterrichtsanteil als Schwerpunkt gewählt ist.

Die Verknüpfung von Fachgymnasium und Berufsvorbereitungsjahr, wie unter Punkt 9 gesehen, erscheint nicht sinnvoll.

Ebenfalls hier festgehalten wird, dass es eine engere Kooperation zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen für die berufliche Orientierung (bspw. durch Schulbesuche) geben soll. Hier findet plötzlich ein Perspektivwechsel statt. Dieses Anliegen sollte bei den allgemeinbildenden Schulen vermerkt werden.

zu 10.) Unterstützung BO-Lehrkräfte

Die hier benannte einzelne Anrechnungsstunde bei gleichzeitigem Ausweiten des Tätigkeitsfeldes (mehr Praktikum, Praxislerntag regionale Schule, Fort- und Weiterbildungen, Mission ICH am Gymnasium) erscheint entsprechend unserer Erfahrungswerte deutlich zu niedrig angesetzt.

zu 11.) Partner der Beruflichen Orientierung

Anhand der hier aufgezählten Partner:innen wird noch einmal die Größe der Aufgabe deutlich. Dies unterstreicht unsere zuvor unter Punkt 10 genannte Argumentation. Wir werden außerdem nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die berufliche Orientierung von Schüler:innen eine auf das Individuum abzielende Maßnahme ist. Die/der Jugendliche steht im Mittelpunkt dieser Aufgabe und nicht die „Fachkräftesicherung des Landes“.

zu 12.) System der Beruflichen Orientierung in Mecklenburg-Vorpommern

Dieses Konzept soll das Schulgesetz ergänzen, wie auch der vorgelegte Praxisleitfaden, auf den wir später noch gesondert eingehen. zu 13.) Der neue Praxislerntag in Mecklenburg-Vorpommern

Die Ausweitung des bisherigen Praktikumsumfangs von 25 auf nunmehr 30 Tage sehen wir vor dem Hintergrund der anderen vielfältigen Aufgaben von Schule kritisch. Die Präzisierung für den wöchentlichen Praxislerntag im Umfang von 4 Stunden nur auf die Regionale Schule erfolgt erst im Folgeabsatz. Liest man dieses Konzept als Bestandteil einer rechtlichen Regelung, könnte dieser Tag entsprechend der hier vorgenommenen Formulierung auch für andere Schularten gelten. Wir empfehlen daher eine Präzisierung im dritten Anstrich.

Die Ausgestaltung eines solchen Praxislertages im Umfang von vier Stunden gestaltet sich aus unserer Sicht schulorganisatorisch schwierig. Außerdem dürfte es zu einem großen Angebotsgefälle zwischen Schulen im ländlichen und städtischen/stadtnahen Raum kommen, was zu einer geringeren Chancengerechtigkeit führt. Generell weite Wege, weniger unternehmerische Angebote, fehlende Finanzierung der Fahrtkosten und Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln für die Schüler:innen sind nur einige der zu benennenden Probleme. Aus unserer Sicht geht ein solcher Tag auch an den Möglichkeiten der meisten, vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, vorbei. Außen vor bleibt hier völlig der sonstige schulorganisatorische Ablauf, da bei Praxislertagen außerhalb der Schule die außerdem zu erteilenden Stunden auf die vier verbleibenden Wochentage verteilt werden müssen bzw. im vorherigen oder anschließenden Halbjahr epochal gegeben werden müssen. Dies ist durch das in der Regel knapp bemessene Personal unter Umständen nicht sicherzustellen. Es kann zu einer höheren Belastung oder - im schlechteren Fall – Unterrichtsausfall – kommen. Die Zielsetzung eines solchen Praxislertages ist aus unserer Sicht nicht scharf gesetzt. Der Aufwand ist unverhältnismäßig hoch. Dieser Praxislertag sollte ergebnisoffen (bis hin zur Abschaffung) geprüft und seine Umsetzung mindestens aufgeschoben werden, um in der Zwischenzeit konzeptionelle Klarheit herzustellen und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Annett Lindner
Vorsitzende



Nico Leschinski
Vorsitzender